

Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland

Ihr die Grünen abfeits

fr. Diesmal mußte bei der Debatte über die Lage der Nation im geteilten Deutschland so manches Redemanscript zerissen, so manche Position aufgegeben, so mancher Vorbehalt beiseite geschoben werden. Galt die Aufmerksamkeit bei früheren Debatten der abstrakten Erkundung, ob Redner der Union der europäischen Einigung etwas mehr Gewicht geben als der deutschen Einheit, ob die SPD erkennen lasse, sie hänge der Idee von einem Wandel durch Annäherung nach, waren diesmal, unter dem Eindruck der Entwicklungen in der DDR, die Positionen ziemlich einheitlich. Eines Tages — ob er so nahe liegt, wie manche Leute denken, sei dahingestellt — wird von den Deutschen in den beiden Staaten darüber entschieden werden, ob es einen deutschen Staat geben wird oder deren zwei, die freiheitlich verfaßt und damit zu einer qualifizierten Zusammenarbeit in einem — Zukunftsmusik — geeinten Europa fähig sind. Die Reihenfolge — erst politische Einheit Europas, dann, allenfalls, deutsche Wiedervereinigung — ist damit jedenfalls als Axiom aufgegeben. Sie kann auch anders sein, angesichts des Mutes der Bewohner der DDR, sich mit der Unterdrückung nicht mehr abzufinden, und einer davon aus Licht gebrochenen Schwäche der Machthaber — es ist die klassische Situation, aus der Veränderungen erwachsen. Ob nun, wie die CSU es sagte, die Wiedervereinigung die mutmaßliche Folge eines in beiden deutschen Staaten ausgeübten Selbstbestimmungsrechts ist, ob jene, wie die SPD sagte, als ein Ziel der zweiten Linie angesehen wurde, das ist gleichgültig. Man kann auch darüber hinweggehen, daß der SPD-Vorsitzende Vogel die Kosten einer Wende in der deutschen Frage denen aufbürden wollte, die mehr Geld haben. Wenn es „die“ deutsche Frage ist, muß der Briefträger beisteuern oder die Chefazur. Für eine Sozialisierung der Folgekosten der Einheit gibt es keinen Anlaß. Die Grünen haben der Selbstbestimmung des Volkes nur eine das mögliche Ziel gewiesen: zwei freiheitlich verfaßte deutsche Staaten. Das war von dankenswerter Offenheit. Darüber trat der Streit in den Hintergrund, wie die deutsch-polnische Grenze zu bewerten sei. Der Kompromiß, der hier von den Verfassungspartnern gefunden wurde, ist ein Kunststück der politischen Semantik. So züffigen Genscher damit sein mag; der Bundestag hätte besser getan, es dem Kanzler zu überlassen, in Polen die richtigen Worte zu finden, und sich jetzt auf die Stunde der deutschen Frage zu konzentrieren.

Brennglas New York

K.F. Die schwarzen Wähler New Yorks frohlocken, weil sich nun auch in der größten amerikanischen Stadt die alte Forderung der Bürgerrechtsbewegung nach politischer Teilhabe durchgesetzt hat. Vor David Dinkins' Sieg in New York wurden schon in vielen anderen Großstädten Schwarze zu Bürgermeistern gewählt. Wie wichtig ist dieser Erfolg also wirklich? In New York konzentrieren sich die Probleme Amerikas wie unter einem Brennglas. Die Stadt leidet unter sozialen Konflikten wie kaum eine andere, ganze Stadtteile verfallen, die Beziehungen zwischen den Rassen sind gespannt. Unter der Fassade gleichgültiger Normalität herrscht offene Abneigung, heute vielleicht mehr als früher. In der Stadt der Freiheitsstatue sind die Vorurteile der Rassen tief in der kollektiven Psyche verwurzelt. An der Unregelmäßigkeit New Yorks sind Bürgermeister geschickter, die ehrlich waren und es gut meinten; die Stadtverwaltung ist aber auch in den Ruf der Korruption geraten. Ihr neuer Chef steht vor schweren Aufgaben. Wenn er Kompetenz zeigt und die Probleme der Stadt energisch angeht, wird er nicht nur für die Schwarzen ein Gewinn sein, sondern für alle New Yorker.

Neuem zunehmend abhold

Der Weg des kommunistischen Funktionärs Willi Stoph / Von Peter Jochen Winters

den Eindruck haben, daß Stoph in der DDR — obwohl Ministerpräsident und Politbüromitglied — immer mehr an Einfluß verloren hat. Bevor Gorbatschow in Moskau die Zügel in die Hand nahm, galt Stoph als Mann der Sowjets in der DDR, als Garant dafür, daß unkontrollierte Entwicklungen im „westlichsten Vorposten des östlichen Lagers“ unterblieben. Die Entwicklung ist längst über ihn hinweggegangen. Für Breschnew war Stoph ein idealer Partner gewesen, auf den er sich verlassen konnte. So war es auch kein Zufall, daß Stoph durch seine Treffen mit dem damaligen Bundeskanzler Brandt 1970 in Erfurt und Kassel den innerdeutschen Entspannung- und Annäherungsprozeß in Gang setzte, den die Sowjets damals dringend wünschten. Stoph, der nach dem Willen der Sowjets in den fünfziger Jahren die Armee der DDR aufgebaut hatte, hat sich dieser Aufgabe ebensowenig entzogen wie anderen Aufgaben, die ihm gestellt wurden. Nüchtern, seine eigene Person stets hinter der Sache zurücktretend lassend, machte er sich jeweils an die Arbeit, begann er zu funktionieren. „Sekundärtugenden“ nennt man so etwas wohl.

Die Nummer zwei war Stoph mindestens seit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker 1971. Als Ulbrichts Macht damals nicht zuletzt auf Betreiben der Sowjets endete, rätselten viele, ob

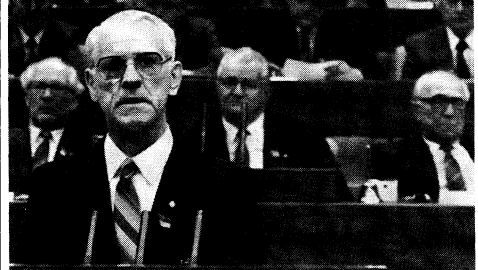
Honecker oder ob Stoph das Erbe Ulbrichts übernehmen würde. Doch gegen Honecker, den von Ulbricht aufgebauten Kronprinzen und Sekretär des Zentralkomitees für Sicherheit und Kadernfragen, war der Staatsfunktionär Stoph ohne Chance. Während seines langen politischen Lebens hat Stoph stets den Prinzipien der Partei anerkant und seine Aufgabe darin gesehen, an führender Stelle des Staatsapparates den Willen der Partei auszuführen. Er war sicher ein mächtiger Mann, ein Mann auch, gegen dessen Willen kaum etwas durchgesetzt werden konnte. Doch er kannte zugleich seine Grenzen. Gewiß hat er, auch seit er 1979 dienstältestes Mitglied des Politbüros geworden war, an der Formulierung der Politik kraft seines Sachverständnisses und seiner Erfahrung entscheidend mitgewirkt, doch hat er Honecker stets als Nummer eins akzeptiert und respektiert — auch wenn der Parteichef dem Regierungschef gelegentlich deutlich zu verstehen gab, daß er ihn lieber lösäre.

Der als Sohn einer Arbeiterfamilie am 9. Juli 1914 in Berlin geborene Stoph hat nach Abschluß einer Manullehre ein Fernstudium der Bautechnik absolviert und als Bauleiter gearbeitet. Früh engagierte er sich bei der KPD. Das „Handbuch der Volkswasser“ verzeichnet für

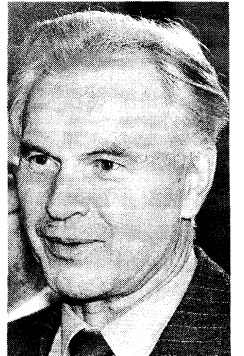
die Jahre 1933 bis 1945 „Teilnahme am illegalen antifaschistischen Widerstandskampf“. Belegt ist, daß Stoph von 1935 bis 1937 seinen Wehrdienst ableistete und im Zweiten Weltkrieg als Stabsgefreiter bei einer Artillerieeinheit diente. Ob er tatsächlich als Spion oder Kurier für die Kommunisten tätig war, ist bisher nicht geklärt worden. Nach einem Lazaretaufenthalt 1942 verliert sich die Spur des Wehrmachtangehörigen Willi Stoph.

Nach dem Krieg widmete sich Stoph als KPD-Funktionär dem Aufbau der Industrie und des Bauwesens in der Sowjetzone. Von 1948 bis 1950 war er Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der SED. Dann wurde er Mitglied und Sekretär des Zentralkomitees der SED, und nach dem 17. Juni 1953 zog er in das Politbüro ein. 1951 wurde dem Wirtschaftspolitiker Stoph die Aufgabe gestellt, eine bewaffnete Macht der DDR aufzubauen. Aus der von ihm als Innenminister (1952 bis 1953) geschaffenen „Kasernen Volkspolizei“ wurde die „Nationale Volkswasser“, aus dem Befehlshaber der Polizei der Generaloberst der Armee und 1956 der erste Verteidigungsminister der DDR. Bis 1960 behielt Stoph dieses Amt, das er — nach seiner Beförderung zum Armeegeneral 1959 — abgab, um „Koordinierung und Kontrolle der Durchführung von Beschlüssen des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates“ als einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates zu übernehmen. 1962 wurde Stoph Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten und nach Grotewolfs Tod 1964 dessen Nachfolger als Regierungschef. Zugleich wurde er damals stellvertretender Vorsitzender des Staatsapparates, dem er seit 1963 angehört.

Nach Ulbrichts Tod, der seit 1960 Staatsratsvorsitzender war, mußte Stoph 1973 den Sessel des Ministerpräsidenten für Horst Sindermann räumen, der Honeckers Kurs der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ verkörpern sollte. Als Nachfolger Ulbrichts wurde Stoph damals Staatsratsvorsitzender und blieb es bis Oktober 1976. Sindermann, der wegen zu eigenständiger DDR-Politik im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe das Mißtrauen der Sowjets erregt hätte, mußte sein Amt aufgeben und wurde Volkskammerpräsident. Stoph kehrte an die Spitze der Regierung zurück, und Parteichef Honecker übernahm das Amt des Staatsratsvorsitzenden. Seitdem war diese „Troika“ im Amt, mit zunehmend alterm Stoph mehr auf den angewiesenen, immer grundlegenderen Reformen abhold. Stophs Devisen: „Keine Experimente“ war für die DDR-Partei- und Staatsführung unter Honecker allgemeingültig geworden.



Willi Stoph auf dem XI. Parteitag der SED. Foto dpa



Hans MODROW Foto Klaus Mehner

Der Mann aus Dresden

Noch vor wenigen Tagen bekundete Hans Modrow, daß er das Wort vom Hoffnungsstrahl nicht gern auf sich angewandt hätte. Nun ist der Dresdner Bezirkssekretär, nach 16 Jahren in diesem Amt, als „Vorsitzender des Ministerrates“ der DDR vorgesehen. Was der Posten künftig bedeutet und wie lange Modrow ihn versehen kann, läßt sich nicht abschätzen. Aber über ihn selber weiß man ein paar Dinge.

Der Arbeitersohn aus dem Kreis Ücker- münde, Anfang 1928 geboren, hat nach Abschluß seiner Maschinenschule in Lehre gerade noch etwas Kriegsdienst erlebt. Danach ging es in der Berliner FDJ und alsbald in der SED-Kreisleitung von Berlin-Köpenick mit ihm auf die Höhe. Nach einem Fernstudium an der Volkshochschule zum Diplom-Gesellschaftswissenschaftler war er schon 1958 Kandidat des Zentralkomitees.

Die ernstgemeinten Parole „Lernen, Lernen und nochmals Lernen“ verfaßt ihm auch zu brauchbarem Wissen; er erwarb es an der Hochschule für Ökonomie und an der Humboldt-Universität, die er 1966 als Dr. rer. oec. verließ. Ein Doktorhut war in der Partei stets ein geschätztes Kleidungsstück. Sie machte ihn im Ost-Berliner Parteizentrum zunächst zum Sekretär für Agitation und Propaganda und übergab ihm anschließend für zwei Jahre die entsprechende Abteilung im Apparat des Zentralkomitees. Noch bei seinem wenige Wochen zurückliegenden Besuch in der Bundesrepublik war zu merken, daß er sich als geschickter Argumentierer und Formulierer durchzusetzen versteht.

Wie es kam, daß er aus dem zentralen Parteiparappat ausschied und in die Provinz als Bezirkssekretär ging — was Abnabelung vom Zentrum der Macht bedeutet, wenn nicht mit einem Sitz im Politbüro verbunden —, war seinerzeit nicht klar. Aber die Dresdner begriffen rasch, daß sie einen viel schlechteren hätten bekommen können. Er hat sich an das besondere kulturelle Klima der sächsischen Metropole nicht nur mühelos gewöhnt, sondern hat darüber hinaus glaubhaft gemacht, daß es ihm gefalle. Und niemand konnte ihm vorwerfen, irgendwelchen unnützen oder gar unanständigen Aufwand zu treiben.

Im Laufe von anderthalb Jahrzehnten hat er sich von der Zentrale immer mehr abgewandt und die Zentrale sich auch von ihm. Vor einigen Monaten schickte sie ihm eine „Arbeitsgruppe“ in den Bezirk, die herausfinden sollte, daß seine Führungstätigkeit nichts taue. Das focht ihn nicht an. Die Distanz zur Zentrale drückte sich auch geographisch aus: In der „Freundschaftsgruppe DDR-Japan“ gern führend tätig, fand er immer wieder einmal die Möglichkeit zu einem weiten Luftsprung in den Fernen Osten. Das hilft zum Abstandgewinnen. Aus China brachte er im Frühjahr noch vor der unseligen Hintersichtigen Jugenddemonstration auf dem Platz des Himmlischen Friedens Kunde von dem seither stark gebremsten Reformprozeß. Der gefiel ihm, und er schrieb darüber in seiner „Sächsischen Zeitung“ einen ganzseitigen Artikel — einfach als Hans Modrow. Mit potentiellen heimischen „Reformern“, zum Beispiel mit dem früheren Leiter der Hauptabteilung Aufklärung des Staatssicherheitsministeriums, Markus Wolf, verbindet ihn Freundschaft, zu der sie im Falle von „Mitscha“ beide schriftlich und mündlich bekennen. Freunde in Moskau läßt Hans Modrow gern als Generalsekretär der SED gesehen — lieber als Krenz. Aber vielleicht ist ein gut beleumundeter Regierungschef inzwischen schon mehr er als ein Parteichef. Modrow ist verheiratet und hat zwei Kinder. ERNST-OTTO MAITZKE

CDU hüben, CDU drüben

Ein Maler aus der DDR, der Exodus und das Drahtseil — Bilder einer Ausstellung / Von Helmut Herles

KÖNIGSWINTER, 8. November. „Nein, kein gelobtes Land.“ Die Bundesrepublik ist für den Künstler Wilfried Wolk, Jahrgang 1941, aus Breitenbrunn im Erzgebirge, von 1982 bis 1988 Leiter der Section Maler und Grafiker im Bezirksverband Schwerin der DDR und seit 1977 Vorstandsmitglied des dortigen Parteimitglieds CDU, kein Paradies auf Erden. Obwohl er in einer „Blockpartei“ ist, hat er sich längst von der Partei, dem „sozialistischen Realismus“ und der Bevormundung seiner Partei durch die SED gelöst. Nun arbeitet er dafür, daß alle in der DDR zum aufrechten Gang zurückfinden können. Wolk ist schon so frei, daß er zuerst in Aachen in der „Barockfabrik“ und nun bis zum 16. November im Arbeiter-Zentrum der CPA, der Christlich-Demokratischen Sozialaus-schüsse, in der Johannes-Albers-Allee in Königswinter seine Werke ausstellen kann. Sie handeln von Narretei, vom Elend und von der Freiheit der Menschen. Jeder in der DDR konnte, wenn er die lateinamerikanischen Psalmen des Ernesto Cardenal unter Bildern von Wolk las, diese sofort in seine Wirklichkeit übertragen. Aber es sind keine Bilder, denen gegenüber westliche Betrachter zusehender in die Sessel zurücksinken können.

Wolk will am Wochenende in die DDR zurückkehren, um am 20. November bei der Sitzung des Hauptvorstandes der CDU dabei zu sein. „Wir müssen an die Spitze der Reformbewegung. Wir brauchen eine eigene Position.“ Von den Begriffen der neugegründeten Sozialdemokratie wie parlamentarische Demokratie und soziale und ökonomische Marktwirtschaft hält er wenig. „Das sind mir zu sehr Schlagworte.“ Aber am 20. November soll die „Öst-CDU“ wieder so ehrlich werden, wie sie einmal war, so daß es wieder selbstverständlich wird, daß die Minister Blüm und Dorothee Wils nicht nur zu Gemäldeaussstellungen eines ihrer Mitglieder gehen, sondern aus der CDU her und der CDU dort dergestalt Westsparteiern werden können, wie es heute SPD und SDP schon sind.

Vor der Eröffnung der Ausstellung durch Blüm und in den Hauptgeschäftsführer der CPA, Scharenbroich, führte Wolk durch seine Ausstellung, von Fotografien geschubst und zurechtgestellt — die in seinen Bildern wiederspiegelte Narretei auf westdeutsche Weise inszenierend. Blüm wollte wenigstens nicht reden, bevor er nichts gesehen hatte, ein wohlunterer Unterschied zu mancher anderen Vermissage mit Politikern in Bonn. Wort verschwiegen nicht, daß er mit dem Herzen und dem Verstand auf der Seite derjenigen steht, die nun in der DDR bleiben wollen und deshalb rufen: „Wir sind das Volk.“ Er deutete auf ein Bild mit dem Titel „Exodus“ und sagte zu Blüm: „So ist es bei jedem Exodus. Man weiß nicht, wohin er führt. Das gelobte Land liegt nicht hier.“ Zu einem Neugierigen sagte er, daß die DDR vielleicht, wenn sie weiterhin Massen auf so friedliche Art versammeln, eine wirkliche deutsche demokratische Republik werden könnte und eines Tages dem gelobten Land ähnlicher werden könnte als die Bundesrepublik, weil es bei diesen großen Demonstrationen ohne Gewalt um „mehr Mitmenschlichkeit“ geht, nicht „bloß um Konsum“.

Die Symbolik mancher seiner Bilder scheint auf den ersten Blick eindeutig zu sein. Ein Mann tanzt auf einem Drahtseil mit verbundenen Augen, den Beinen auf dem Kopf balancierend. Scharenbroich sah darin den letzten Tanz einer blinden

Partei- und Staatsführung. Der Maler erzählte von einer anderen Deutung, die aber auch nicht die seine sei: Manchem leuchte ein Licht, was sich hinterher als Irrlicht erweise, abermals spielt er damit auf die Flüchtlinge an. Er ließ sich von seinen Gästen nicht vereinnahmen, aber er sagte auch klar: „Ich bin dankbar, hier in Königswinter demonstrieren zu dürfen, daß ich ein Maler bin.“ Eine Zeitlang war es unter kommunistischen Diktatoren existenzgefährdend, als Maler nicht linientreu zu sein. Mancher erinnerte sich in diesem Augenblick an die Malerin Bohley.

Im Vergleich zu Norbert Blüm klangen die Worte des Malers und CDU-Politikers aus der DDR nüchtrner, ernüchtert. Blüm setzte die Freiheit als das „große Stichwort unserer Zeit“ der Gleichheit und Gleichmacherei des Sozialismus entgegen. Die Befreiung sei ein „Kulturprozeß“ mit der Gefahr der Rückschläge, wie man sie auf dem Platz des Himmlischen Friedens zuvor auch nicht erwartet hätte. „Nicht mit Triumphrufen“, sondern mit „angehaltenem Atem beobachten wir das Freiheitsverlangen unserer Landsleute, eine Abstimmung mit der ganzen Existenz.“ In der DDR bahnte sich nun ein „Wandel durch Ablehnung“ an. Als „Prachtstück des sozialistischen Realismus“ stehe die Mauer. „Die Mauer, sie steht noch, in Zement gegossen, aber sie hält nicht mehr.“ Blüm hofft nun auf christliche Demokraten in der DDR, die sich „aus der babylonischen Gefangenschaft der SED“ befreien und dem SED-Monopolanspruch keinen christlichen Monopolaspruch entgegenzusetzen. Wolk antwortete auf diese Rede nicht direkt. Daß er aber die Einladung angenommen hat, ist Antwort genug und wäre vor wenigen Wochen noch nicht denkbar

Advertisement for Sabena World Airlines. Features large stylized text 'FRANKFURT 08.15' and 'BRUXELLES 20.55'. Text: 'Mit Sabena mehr Zeit in Brüssel - mehr Zeit für Europa.' Includes flight schedule table for Frankfurt to Brussels and back, and Frankfurt to Brussels to Paris and back. Sabena logo and 'BELGIAN WORLD AIRLINES' text.